

« KRIENTREIBER ? »

Prof. Dr. Jacques-Pierre Gougeon*

(*Die Zeit, mai 2010*)

Das missratene Krisenmanagement im Fall Griechenland wird Spuren hinterlassen. Zwar steht endlich der Rettungsplan, ohne den die Eurozone vielleicht auseinandergebrochen wäre - was wohl auch der geheime Wunsch ewiggestriger Euro-Gegner war. Aber in Frankreich herrscht der Eindruck vor, dass Deutschland zu lange gezögert und seine Regierung sich nicht nur aus finanzpolitischen sondern auch aus innenpolitischen Gründen zurückgehalten habe.

Vor allem eins ist unangenehm aufgefallen: Nicht unter dem Druck der anderen EU-Staaten hat Deutschland gehandelt, nicht einmal unter dem Frankreichs, sondern erst auf Drängen des amerikanischen Finanzministers Timothy Geithner. Und auf Drängen des Internationalen Währungsfonds. Als guter Deutschlandkenner konnte dessen Chef Dominique Strauss-Kahn auch das von der Bundeskanzlerin vorgeschobene Argument nicht akzeptieren, einem euroskeptischen Bundesverfassungsgericht ausgeliefert zu sein.

Frankreichs Öffentlichkeit registrierte das sehr wohl, und so mussten wir lesen, Deutschland sei nicht mehr so europäisch wie früher, ja es sei egoistisch geworden. Ganz zutreffend ist das zwar nicht; Deutschland ist nur auf andere Weise europäisch als ehemals, weil es wie die meisten EU-Partner auf seine nationalen Interessen jetzt mehr Rücksicht nimmt, woran man sich in Europa, vor allem in Frankreich, nur schwer gewöhnen mag. Aber in den vergangenen Wochen hatte Deutschland immerhin den Eindruck erweckt, es nehme in Kauf, mit seiner Zurückhaltung Griechenland noch tiefer in die Krise zu treiben.

Diese Feststellung, die sogar von ausgesprochenen Deutschlandfreunden ausgesprochen wurde, hat mit jenen Äusserungen französischer Links-oder Rechtsnationalisten nichts zu tun, die Gero von Randow zitiert und die doch bloß Randerscheinungen sind. Nein, Frankreich ist trotz der Kampagne der Pariser Regierung um die „nationale Identität“, an der sich nur wenige beteiligt haben, keineswegs nationaler oder gar nationalistisch geworden. Nur ist Frankreich bestimmt dasjenige Land, das auch aufgrund der gemeinsamen Geschichte eine bedenkliche Entwicklung am ehesten wahrnimmt und sehr empfindlich auf sie reagiert: Das Verhalten der deutschen Bundesregierung birgt nämlich die Gefahr, dass der Abstand zwischen Deutschland und dem Rest Europas so groß wird, dass der Zusammenhalt der Europäischen Union in Gefahr gerät.

Die kürzlich geäußerte Kritik der französischen Finanzministerin Christine Lagarde an der zu wenig binnenmarktorientierten deutschen Wirtschaftspolitik (übrigens von vielen anderen EU-Staaten geteilt) ist Ausdruck dieses allgemeinen Unbehagens an der neuen Rolle Deutschlands. Zumal der Eindruck entsteht, dass Deutschland in Europa die Führungsrolle übernimmt oder zumindest übernehmen möchte – aber dann, in einer schwierigen Situation, der damit verbundenen Verantwortung nicht gerecht wird.

Das macht das Unbehagen nur grösser, zumal diese Führungsrolle Deutschlands das Gewicht Frankreichs relativiert, nicht nur in Europa sondern auch gegenüber Großmächten wie den USA oder China. Während Deutschland sogar in solchen Regionen Strategien entwickelt, in denen Paris lange Zeit an vorderster Front stand – man denke an Afrika – , leidet Frankreich unter der Relativierung seines Einflusses, nicht zuletzt in den transatlantischen Beziehungen (vor allem seitdem Barack Obama im Weissen Haus sitzt), ebenso in der Nahost- und Afrikapolitik und auch der auswärtigen Kulturpolitik, die für Frankreich identitätsstiftend ist, da es sich immer noch als Nation mit kulturellem Auftrag betrachtet.

Deutschland sollte Rücksicht auf diese Verunsicherung nehmen. Die wachsende Kluft zwischen Deutschland und Frankreich ist für viele, vor allem für einen Teil der französischen Elite, besorgniserregend. Und in der Tat birgt sie die Gefahr eines Ungleichgewichts in Europa, mit dem das ganze europäische Konstrukt erschüttert werden könnte.

* Prof. Dr. Jacques-Pierre Gougeon lehrt internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Deutschland-Frankreich. Er ist Forschungsdirektor beim Institut für internationale und strategische Beziehungen (IRIS) und Autor des Buches „L'Allemagne du XXI^e siècle, une nouvelle nation?“ (Armand Colin, 2009).